

HEUTE MIT
WIRTSCHAFT REGIONAL

LIECHTENSTEINER Vaterland

MIT AMTLICHEN PUBLIKATIONEN - TAGBLATTVERBUND - TEL. +423 236 16 16 - www.vaterland.li



Menschen mit Handicap sind engagierter
Jugendliche mit einer Behinderung haben oft Angst, diese ihrem Arbeitgeber preiszugeben. Die Sorge ist aber unberechtigt, wie «Lehre + Handicap» zeigt. **INLAND 7**

Modellfliegen vom Feinsten
Freundschaftsfliegen in Bendern: Die Modellflieger künden am Wochenende den neuen Sieger. **SPORT 15**



LIECHTENSTEIN

INLAND
Baustart der Kita des Bankenverbandes **5**

INLAND
Diplom für erfolgreiche Kaufleute **7**

INLAND
GAV für Gipser und Maler auf Eis gelegt **9**

KULTUR



Am Sonntag startet die Schatzsuche «Reiseziel Museum». **13**

Sapperlot

In Liechtenstein ist vor allem Eschen von Verkehrsbehinderungen in Stosszeiten betroffen. Da sucht man momentan nach einer Lösung. In Rapperswil-Jona gab es mal eine greifbare Lösung: einen Tunnel. Denn um keinen Umweg über den Obersee in Kauf nehmen zu müssen, nehmen Autofahrer gerne die «Abkürzung» durch die Stadt und verstopfen sie. In Spitzenzeiten passieren bis zu 28000 Fahrzeuge am Tag Rapperswil. Überraschenderweise wurde der Tunnel aber vom Volk abgelehnt. Die Bewohner atmen anscheinend lieber die Abgase ein und nehmen den Stau in Kauf, anstatt zusehen zu müssen, wie ein Tunnel gebaut wird. Mit dem Mobility-Pricing scheint sich eine neue Möglichkeit aufzutun. Für einen Pilotversuch sollen künftig die Arbeitnehmer, die gezwungenermassen zu Stosszeiten unterwegs sind, in die Tasche greifen und für den Stau bezahlen. Bis das Modell aber für die gesamte Schweiz bereit ist, dauert es nach Angaben vom Bund noch 15 Jahre. Wer weiss, ob es bis dahin nicht bereits veraltet und ein neues Modell getestet wird. Lässt sich hoffen, dass Eschen eine andere Lösung findet. *Melanie Steiger*

Eine Gaudi!
Sommer Entenrennen
1. August '16
Ridamm City,
in Vaduz.
Jetzt Entenzertifikate sichern!
www.entenrennen.li

Wirtschaftskammer-Initiative «ist eine Herkulesaufgabe»

PATRIK SCHÄDLER

SCHAAN. Die Initiative der Wirtschaftskammer mit dem Titel «Familie und Beruf» sorgt beim Liechtensteiner Krankenkassenverband (LKV) für Sorgenfalten. Dies nicht nur wegen des Inhalts, sondern vor allem wegen des Zeitplans. Über die Initiative wird das Volk am 19. September abstimmen. Wenn sie angenommen wird, dann wird die Gesetzesänderung am 1. Januar 2017 in Kraft treten. «Diese Herkulesaufgabe ist mit den bei den

Krankenversicherern vorhandenen Ressourcen nicht seriös zu schaffen», erklärte der LKV an seiner Jahrespressekonferenz.

4000 Verträge anpassen

Das Hauptziel der Initiative ist, dass die Mutterschaftstaggeldleistungen nicht mehr von den Krankenversicherungen übernommen werden, sondern von der Familienausgleichskasse. Dadurch müssten innert gut drei Monaten rund 4000 Krankentaggeldverträge individuell angepasst werden, erklärten die

Versicherungsvertreter gestern. «Daneben sind beim Übergang des Mutterschaftsgeldes an die FAK sehr viele Koordinierungs- und Detailfragen sowohl im organisatorischen als auch im rechtlichen Bereich zu klären», schreibt der LKV. Dies bedarf aus Sicht der Krankenversicherer mehr als nur ein paar Monate Zeit.

Nicht direkt dagegen, aber...

Der LKV plädiert deshalb für eine Verschiebung des Inkrafttretens auf 1. Januar 2018. Dies ist

aber aufgrund des Initiativtextes nicht möglich. Obwohl der LKV gegen die Zielsetzung der Initiative «nichts einzuwenden» hat und sie «durchaus als positiven Beitrag zur Gleichstellung von Frau und Mann» bezeichnet, kommen die Aussagen des LKV faktisch einer Nein-Parole gleich. Dies wird vor allem durch die Aussage des LKV unterstrichen, dass die Zielsetzungen der Initiative «auch mit der Anpassung der Regelungen bei den Krankenversicherungen erreicht werden könnten». **INLAND 3**

Brexit: Schnelle Lösung gefordert

LONDON. Der britische Finanzminister Osborne sagt London schwere Zeiten voraus und fordert, mit der EU rasch einig zu werden. Dies müsse geschehen, um wirtschaftliche und finanzielle Unsicherheit nach dem Brexit-Votum zu bekämpfen. Dagegen meinte Justizminister Michael Gove, der sich um die Nachfolge von Premierminister David Cameron bemüht, er wolle mit formellen Austrittsverhandlungen erst nächstes Jahr beginnen. Auch Innenministerin May, die Medien als klare Favoritin für den Einzug in Downing Street 10 ansehen, habe sich am Donnerstag in diesem Sinne geäußert, meldete die Nachrichtenagentur PA gestern. Unterdessen scheint der Rückhalt für den schwer unter Druck geratenen Labour-Chef Jeremy Corbyn zu bröckeln. (sda)

FL1.Life-Festival Musikalischer Auftakt gelungen



Dieses Wochenende steht ganz im Zeichen des FL1.Life-Festivals. So fanden gestern viele Musikfans den Weg nach Schaan. Unter anderem heizte der Hauptact «Mike & the

Mechanics» den Festivalbesuchern so richtig ein. Und auch heute wird rund um den SAL einiges los sein. Unter anderem betreten Damian Lynn oder Medlz die Bühne.

Bild: Eddy Risch

Schlendrian macht in Österreich neue Wahl nötig

WIEN. Wahlen in Österreich sprechen neuerdings Sensationen: Zunächst erreicht der Kandidat der Rechtspopulisten im Ringen um das höchste Amt fast die Mehrheit – jetzt wird gar die ganze Wahl annulliert.

Es sei nicht der Moment von «Triumph oder Zorn». Österreichs oberster Katholik, Kardinal Christoph Schönborn, mahnte zur Mässigung. Und auch Bundeskanzler Christian Kern (SPÖ) plädierte für einen kühlen Kopf: «Ich möchte betonen, dass dieses Urteil kein Anlass zu Emotionen sein soll.» Sol-

che Aufrufe machten erst recht deutlich, dass die Österreicher wenige Tage nach dem schmachvollen Ausscheiden bei der Fussball-EM plötzlich ein ganz anderes Thema hatten. Sie müssen im Herbst im zweiten Anlauf einen neuen Bundespräsidenten wählen. Der Grund: Schlendrian in vielen Wahlbehörden – und deshalb nun die Rote Karte vom Verfassungsgerichtshof (VfGH).

Am Mittag schrieb VfGH-Präsident Gerhart Holzinger Geschichte, als er das Urteil der Top-Juristen für alle klar und deutlich formulierte: «Unjuris-

tisch ausgedrückt bedeutet das, die Stichwahl muss in ganz Österreich zur Gänze wiederholt werden.»

Nach der Anhörung von 67 Zeugen aus den Wahlbezirken blieb dem Gericht am Ende fast nichts anderes als die Annullierung des Sieges des Grünenahnen Alexander Van der Bellen. Zu vielfältig und verbreitet war der recht laxer Umgang mit den letztlich entscheidenden Briefwahlstimmen, die zu früh geöffnet oder von den falschen Leuten gezählt worden waren. (sda)

AUSLAND 25

TESLA

Autopilot versagt

Es ist der erste bekanntgewordene Todesfall in einem Auto, das sich selbst steuerte. Das System des Elektroautoherstellers Tesla konnte in hellem Licht einen weissen Lastwagen-Anhänger nicht rechtzeitig erkennen.

Der erste tödliche Unfall mit dem automatisierten Fahrsystem des Elektroautoherstellers Tesla ruft die amerikanische Verkehrsaufsicht auf den

Plan. Die Behörde NHTSA prüft, wie Teslas «Autopilot» bei dem Crash funktioniert hat. Das Tesla-System kann beschleunigen, bremsen, die Spur halten, und Objekten ausweichen, um einen Zusammenstoss zu verhindern. In diesem Fall stiess die Limousine «Model S» jedoch mit einem Lastwagen-Anhänger zusammen, der die Fahrbahn überquerte. **SCHAUPLATZ 14**

